

WEHRPOLITIK

WP

Inhaltsverzeichnis

Sts Schmidt:
Privatisierung in der Bundeswehr

Dr. Hardewig:
Der „Boxer“, Ring frei zur letzten Runde

MdB zu Guttenberg: *US-Außenpolitik*

MdEP Ferber:
Ausschreibung von Rüstungsgütern

G. Arnold: *Bw in Afghanistan's Süden?*

M. Heyder:
Betreuungskonzept für A400M

MdB Dr. Uhl: *Asymmetrische Bedrohung*

Dr. Maetzke: *Welt ohne Weltordnung*

J. Weder: *Zur Unternehmenskultur*

Chr. Kaatz: *„Controllieren“ ohne zu steuern*

M. Vollmuth: *Neuer MTU-Betrieb in Erding*



Gruppentransportpanzer „Boxer“, Beschreibung S. 3

Weißbuch 2006

Das „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ ist im Oktober endlich erschienen. Vorausgegangen waren in der vorherigen Regierung jahrelange Streitereien zwischen der SPD und den Grünen, die zu keiner Einigung führten. Erst die neue Regierung konnte das Weißbuch verabschieden, da die von den heutigen Regierungsparteien vertretenen politischen Positionen erheblich näher beieinander liegen als jene der früheren Parteien.

Das neue Weißbuch ersetzt das alte vor 12 Jahren verfasste Weißbuch. In der Zwischenzeit hat sich die Sicherheitslage dramatisch verändert. Auf die Streitkräfte sind mit den verschiedenen Auslandseinsätzen zahlreiche neue Herausforderungen hinzugekommen. Die Bundeswehr hat sich schon längst von einer reinen Verteidigungsarmee zu einer Armee im Einsatz entwickelt. Dies hat erhebliche Auswirkungen nicht nur für die Streitkräfte (Transformation), sondern auch auf die Rüstungspolitik. Schließlich haben die Soldaten insbesondere bei ihren Auslandseinsätzen Anspruch auf eine optimale Ausrüstung. (www.weissbuch.de)

Dr. Gerd Hardewig
Chefredakteur

Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt, MdB

Privatisierung in der Bundeswehr

Sollte der Bundestag bis Jahresende der vom Bundesminister der Verteidigung vorgeschlagenen Gründung der IT-Gesellschaft zustimmen, werden ab 2007 ca. 9000 zivile Mitarbeiter der Bundeswehr in sieben privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaften arbeiten, für die im Einzelplan 14-jährlich mehr als eine Milliarde Euro eingeplant sind. Damit werden etwa 10% der zivilen Serviceaufgaben in Kooperation mit der Wirtschaft wahrgenommen.

Die volle Breite und Dynamik der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wird aber erst deutlich, wenn neben den gegründeten Gesellschaften die zahlreichen und vielfältigen weiteren vertraglichen Formen der privatwirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung mitbetrachtet werden. Diese umfassen die Versorgung ziviler und militärischer Instandsetzungsbetriebe mit Ersatzteilen (Zentrales bundeseigenes Lager), die kooperativen Modelle der Luftwaffe mit der Wirtschaft in der Instandsetzung, bei denen Bundeswehr- und Industriepersonal in gemeinsamen Teams in zivilen Einrichtungen zusammenarbeiten, den Betrieb von Ausbildungseinrichtungen, mehr als

80 Betreibermodelle zur Absicherung und Wärmeversorgung von Kasernen und auch das erste ÖPP-Pilotprojekt des Bundes im Hochbau, das die Bundeswehr in München realisieren wird (ÖPP: Öffentlich-Private-Partnerschaft).

Beitrag der Wirtschaft zur Transformation

Die enge Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der Wirtschaft ist ein wesentlicher Baustein im Transformationsprozess der Bundeswehr. In Ergänzung zu den Maßnahmen der internen Optimierung, mit denen die Effektivität der Betriebsabläufe und Verwaltungsverfahren erhöht werden soll, geht es bei der Privatisierung vor allem darum, in Aufgabenfeldern, auf denen der Markt leistungsfähig ist, die Erfahrungen und Kompetenzen der Privatwirtschaft verstärkt zu nutzen und so durch ein Mehr an Wirtschaftlichkeit in Beschaffung und Betrieb die Einsatz- und Funktionsfähigkeit der Bundeswehr zu stärken. Ausgangspunkt ist eine regelmäßige und systematische Analyse sowie letztlich die im rechtlichen Rahmen zu treffende politische Festlegung der Kern-



Christian Schmidt, MdB

Leistungserbringung ist. Dies setzt – und dies ist gewollt – die Eigenwahrnehmung unter den Wettbewerbsdruck des Marktes.

Maßnahmen zur Beschleunigung

Die Erfahrungen der Bundeswehr seit der Unterzeichnung des Rahmenvertrages „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“ am 15.12.1999 belegen aber auch, wie notwendig es ist, ÖPP-Projekte zu beschleunigen und zu vereinfachen. Vor allem sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die die langfristigen Nutzen- und Wirtschaftlichkeitseffekte von Privatisierungsmaßnahmen angemessen berücksichtigen lassen und so die mehr kurzfristig angelegte fiskalische Betrachtungsweise ergänzen können. Die Bundeswehr sieht den Schwerpunkt beim Ausbau von ÖPP in dieser und der nächsten Legislaturperiode in den Aufgabefeldern Logistik, Ausbildung sowie Immobilien und wird dabei selbstverständlich auch die Frage der Weiterentwicklung der bereits bestehenden Gesellschaften beantworten müssen.

Um den geplanten Ausbau von ÖPP zu erleichtern, den die Bundeswehr im Rahmen der weiteren Transformation und in konsequenter Anwendung der ordnungspolitischen Leitlinien des Koalitionsvertrages plant, sind neben den gesetzgeberischen Impulsen im Rahmen des bei den Regierungsfractionen in Erarbeitung befindlichen ÖPP-Vereinfachungsgesetzes auch Maßnahmen der Bundesregierung zur Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes, wie im jüngsten Bericht des Bundesrechnungshofes eingehend begründet, sowie die Verbesserung der Leistungs- und Kostentransparenz angezeigt. Die Bundeswehr geht mit der Einführung der in der Unternehmenspraxis bewährten Standardsoftware SAP/R 3 konsequent in diese Richtung. Mit der Neuausrichtung der bundeseigenen Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (g.e.b.b.) auf die betriebswirtschaftliche Beratung des Hauses sowie mit der Bündelung der Beteiligungsführung in einer

fähigkeiten, über die die Bundeswehr weiterhin verfügen will. Die Nicht-Kernfähigkeiten können durch die Wirtschaft erbracht werden, wenn dies wirtschaftlicher

als die interne

Leistungserbringung ist. Dies setzt – und dies ist gewollt – die Eigenwahrnehmung unter den Wettbewerbsdruck des Marktes.

Hand, als Teil der Aufgabe der neugeschaffenen Abteilung Modernisierung, hat die Bundeswehr die Voraussetzungen für eine noch intensivere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gestellt.

Die neue Rolle der g.e.b.b.

Die g.e.b.b. ist ein Eckpfeiler im Modernisierungsprozess der Bundeswehr. Sie unterstützt das Bundesministerium der Verteidigung seit Anfang August 2000 in vielen Bereichen der Bundeswehr durch ihre Beratung. Diese Rolle soll nun ausgebaut und noch wirksamer als bisher in den ministeriellen Planungs- und Entscheidungsprozess einbezogen werden. Entsprechend den Vorgaben des Koalitionsvertrages wird die g.e.b.b. zukünftig im Auftrag und zur Unterstützung des BMVg konsequent Privatisierungsmöglichkeiten ausloten. Sie wird sich dabei nicht auf reine Beratung beschränken, sondern soll Ideengeber und Wegbereiter bei der Vorbereitung von Privatisierungs- oder ÖPP-Projekten bis zu ihrer Einführungsreife sein. Ebenso soll sie in Vertretung des BMVg Verträge mit privaten Dienstleistern mitverhandeln und abschließen können. Sie wird auch weiterhin operative Aufgaben als Treuhänder des Bundes wahrnehmen und Drittgeschäfte betreiben können. So übernimmt sie beispielsweise die Vermarktung nicht betriebsnotwendiger Liegenschaften oder die Vermietung von Bundeswehr-Standorten für Mobilfunkanlagen. Dieser, aber auch der Bereich der Vermarktung nicht mehr benötigter Bundeswehrliegenschaften soll nach Möglichkeit ausgeweitet werden. Ziel ist es, dabei zum Wohle des Bundes als Ganzes eine ausgewogenere Aufgabenverteilung im Verhältnis zur Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu erreichen.

Entlastet von den bisher wahrgenommenen Holding-Aufgaben kann die g.e.b.b. zukünftig, ohne dem Vorwurf von Eigeninteresse ausgesetzt zu sein, die Privatisierung vorantreiben. Sie hat seit ihrer Gründung ein umfangreiches Wissen über die Bundeswehr aufgebaut, das in dieser Tiefe und Breite, insbesondere im Zusammenhang mit betriebswirtschaftlichen, gesellschaftsrechtlichen und steuerlichen Fragestellungen, weder an anderen Stellen der Bundeswehr noch bei externen Beratungsgesellschaften vorhanden ist. Ausgestattet mit dem nötigen Bezug zum Wirtschaftsleben, wird sie in ausgewählten Aufgabefeldern Vorschläge entwickeln, ob jeweils die interne Optimierung, eine Gesellschaftslösung in der Form einer öffentlich-privaten Partner-

schaft oder eine Vollprivatisierung der richtige Weg für die Bundeswehr ist. Als eigenständige Gesellschaft verfügt sie, obwohl zu 100% Tochter des Bundes, über größere Handlungsspielräume als die in die hierarchischen Strukturen der Bundeswehr eingebetteten Einrichtungen. Die g.e.b.b. erhält Aufträge, ist aber kein Befehlsempfänger. Ihr erster Ansprechpartner unterhalb der Leitung des Hauses ist die Abteilung Modernisierung.

Die Rolle der Abteilung Modernisierung

Die Erwartungen an die neue Abteilung sind hoch. Sie soll die Einführung von SASPF und HERKULES im Zeit- und Finanzrahmen realisieren, die ganzheitliche Modernisierung in dem in diesem Beitrag beschriebenen Sinne in Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen im Ministerium und der g.e.b.b. beschleunigen und die Gesellschaften mit Bundesbeteiligung im Sinne des Hauptauftraggebers und zugleich Hauptkunden, also der Bundeswehr, auf höchste Effektivität und Effizienz ausrichten. Ihre Einrichtung ist die Konsequenz aus unserer zentralen Erfahrung im Reformprozess seit 1999, dass unterhalb der Leitung das Innovationsmanagement für die überwiegend zivilen Serviceaufgaben gebündelt werden muss, analog zur übergreifenden Verantwortung des Generalinspektors für die Transformation der Streitkräfte. Eine Bundeswehr, deren Unterstützungsaufgaben durch ein Netzwerk interner und externer Leistungserbringer mit ganz unterschiedlichen Vertragsbeziehungen wahrgenommen werden, braucht hierzu eine Steuerung aus einer Hand, die die fachlichen, finanziellen und vertraglichen Komponenten zu einem Gesamtansatz verknüpft und die Handlungsfähigkeit durch schnelle zielgerichtete Entscheidungen sicherstellen kann.

Der Bundesminister der Verteidigung hat dem Parlament im Zusammenhang mit der Gründung der Abteilung Modernisierung zugesichert, dass die Modernisierung und damit auch die Entbürokratisierung, die für ihn ein Kernziel der Modernisierung darstellt, in dieser Legislaturperiode den Schwerpunkt für die Leitung des Hauses bildet. Für uns ist dabei die Privatisierung weder Dogma noch Allheilmittel, sondern eines von mehreren Mitteln, um die Ziele der Transformation zu erreichen. Wir müssen sie gezielt dort zur Anwendung bringen, wo die besonderen Stärken der Wirtschaft liegen und damit hohe Wirkung zum Nutzen der Bundeswehr erreicht werden kann. ■

Ring frei zur letzten Runde – Der Boxer, Europas modulares Vorzeigeprojekt*

Ein Raunen zog sich durch die Zuschauerreihen der Infanterieschule in Hammelburg, als nur leise Motorengeräusche die Ankunft des BOXER verkündeten. Ein enger Halbkreis vor der Zuschauertribüne, die Heckklappe öffnete sich und neun vollausgerüstete Soldaten vom Typ Infanterist der Zukunft sprangen aus dem Fahrzeug. Im November vergangenen Jahres wurde das zukünftige Transportfahrzeug der Bundeswehr bei einer Lehrvorführung mit dem Titel Three-Block-War Operations präsentiert.

Die vorangegangene Aufgabenstellung war selbst für die erfahrenen Ingenieure extrem anspruchsvoll gewesen: Das „Mutterschiff der Infanterie“ sollte entstehen, so der Wunsch, um mittlerweile in die Jahre gekommene Bundeswehrvehikel abzulösen. Hochmobil, modular und missionsspezifisch ausrüstbar, mit überdurchschnittlichem Nutzraum und herausragendem Schutz. Die Bedrohungen sind vielfältig – alle Arten von Minen, Panzerfäusten sowie Artilleriesplitter und selbstgebaute tödliche Bomben, die Terroristen für Selbstmordanschläge verwenden. Zudem sollte es vom zukünftigen Transportflugzeug der Bundeswehr, dem A400M, transportiert und unter extremen geographischen und klimatischen Bedingungen eingesetzt werden können. „Eine eierlegende Wollmilchsau“, wie man in Fachkreisen flüsterte, die zudem von mehreren Nationen gemeinsam entwickelt werden sollte. Was vor wenigen Jahren technologisch, industriell und politisch als nur schwer realisierbar galt, stand bereits in diesem Jahr auf der parlamentarischen Beschaffungsagenda für die niederländischen Streitkräfte. Die Entscheidung des deutschen Parlaments wird noch im Dezember 2006 erwartet. Zwölf Prototypen sind in der Zwischenzeit gefertigt worden. Sie gründen alle auf einem einheitlichen Fahrzeugchassis, auf das in nur wenigen Minuten über identische Schnittstellen verschiedene Missionsmodule adaptiert werden können. Die BOXER-Varianten reichen somit heute schon vom hochgeschützten Gruppentransportpanzer und



Gepanzertes Transport-Kfz BOXER für die Bundesrepublik Deutschland

Führungsfahrzeug über eine Ambulanz- und Instandsetzungsversion bis hin zum Cargo-Transport. Die Vorteile dieses einzigartigen Konzeptes liegen auf der Hand: Durch die Verwendung der einheitlichen Fahrzeugbasis wird ein hohes Maß an Interoperabilität unter den europäischen Nutzern, aber auch zwischen den unterschiedlichen Truppengattungen geschaffen. Wartung, Ausbildung und Instandsetzung werden harmonisiert und kosteneffizient. Der eigentliche Durchbruch wäre aber vor allem die Positionierung des BOXER als europäisches Referenzprodukt für deutsche Kernfähigkeiten. Kein vergleichbares Produkt auf dem Weltmarkt verfügt derzeit über das gleiche technologische Niveau hinsichtlich Schutz, Modularität und Missionsvielfalt. Entwickelt wurde es unter dem konsortialen Dach der Programmorganisation ARTEC mit Sitz in München, bestehend aus den Firmen Krauss-Maffei Wegmann (36%), Rheinmetall Landsysteme (14%) und Storck (50%). Der BOXER unterstreicht somit auf bisher einzigartige Weise den europäischen Anspruch auf harmonisierte, modulare und zukunftsfähige Fahrzeugprogramme.

Impressum

WEHRPOLITIK erscheint 3x pro Jahr, Abgabe kostenlos.

Herausgeber:

Dr. jur. Dipl. rer. pol. Gerd Hardewig
(v.i.S.d.P.)
81543 München, Oertlinweg 9
e-Mail g.hardewig@t-online.de

Stefan Niedermeier
83115 Neubeuern, Brunnsteinstraße 14

Internet:

www.wehrpolitik.net

Redaktion:

Dr. Gerd Hardewig (Chefredakteur)
Stefan Niedermeier
Dr. phil. Alexander Röhreke
Dipl.-Ing. (FH) Jochen Weder
Dr. rer. pol. Ludwig Weigl
Dr. jur. Norbert Zielinski

Druck: Häring Formulare Offsetdruck
Auweg 102, 85375 Neufahrn
Tel. 081 65/64 68 59, Fax 081 65/64 69 46
e-Mail: nachbar@haering-druck.de
www.haering-druck.de

Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber unbedingt die der Redaktion oder der CSU wieder.

*Vgl. auch „Boxer – die Radfahrzeugfamilie des 21. Jahrhunderts“ in WEHRPOLITIK Nr. 15 / Februar 2005 (www.wehrpolitik.net).

US-Außenpolitik nach der Wahl



Karl-Theodor zu Guttenberg

Wie von vielen Beobachtern bereits im Vorfeld erwartet, haben die Demokraten bei den Zwischenwahlen am 7. November in beiden Häusern des US-Kongresses die Mehrheit errungen. Weltweit macht sich seither Erleichterung über die Niederlage der Republikaner und die Erwartung breit, dass mit dem demokratischen Wahlsieg auch eine grundlegend andere außenpolitische Linie im Weißen Haus einzug halten wird.

Der Wahlkampf der Demokraten stand ganz unter dem Motto „All but Bush“ und so spiegelt das Ergebnis der Demokraten vor allem die Kriegsmüdigkeit der amerikanischen Bevölkerung angesichts der sich verschlechternden Situation im Irak und in Afghanistan wieder.

Die Erwartungen an eine radikale Kursänderung sind hoch und werden durch jüngste Entwicklungen noch genährt. Mit der Entlassung von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ist bereits ein sehr prominentes wie kontroverses Mitglied der Bush-Administration dem Machtwechsel im Kongress zum Opfer gefallen. Auch dürfte beispielsweise die Bestätigung John Boltons' als UN-Botschafter, der während der Sommerpause von Präsident Bush unter Vorbehalt ernannt wurde, von der Demokratischen Mehrheit im Senat verweigert werden.

Mit den neuen Machtverhältnissen auf dem Capitol Hill ist jedoch keineswegs eine im Ausland vielfach herbeigesehnte Änderung der außenpolitischen Marschrichtung verbunden.

Nach der amerikanischen Verfassung liegt die Gestaltungsmacht in der Außenpolitik grundsätzlich in der Hand des Präsidenten. Der Kongress kann durch Untersuchungsausschüsse, das Budgetrecht und im Senat über die Zustimmung zur Besetzung hoher Regierungsämter auf die Außenpolitik einwirken. Hier bieten sich der Legislative de facto sehr große Einflussmöglichkeiten. Die Demokraten haben bereits – auch mit Blick auf den kommenden Präsidentschaftswahlkampf – angekündigt, viele der in den letzten Jahren kontrovers diskutierten Themen zum Gegenstand von Anhörun-

gen machen zu wollen. Mit grundlegend neuen Initiativen ist jedoch wohl nicht zu rechnen, da sich die Demokraten vor der Wahl 2008 kaum mit der Verantwortung für die Lösung der schwierigen außenpolitischen Fragen der Ära Bush belasten werden. So sprachen sich sowohl führende Demokraten als auch Präsident Bush bereits für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit vor allem in der Irakpolitik aus.

Der Irak wird auch in den letzten zwei Jahren von Bushs Amtszeit das bestimmende Thema bleiben. Weder Republikanern noch Demokraten ist daran gelegen, mit dem Mühlstein Irak um den Hals in den Präsidentschaftswahlkampf 2008 zu gehen. Die alte Weisheit „Politics stops at the water's edge“ wird in den nächsten zwei Jahren wieder stärker als zuvor die Grundlage für den Versuch bilden, Amerikas festgefahrene Außenpolitik wieder handlungsfähig zu machen.

Auf die transatlantischen Beziehungen könnten sich die Machtverschiebungen in Washington indes in besonderer Weise auswirken. Die neue „bipartisanship“ in der US-Außenpolitik mag hierzulande für die Öffentlichkeit unerwartete und für die europäischen Partner insgesamt durchaus unbequeme Folgen zeitigen.

Allgemein ist zu erwarten, dass die USA versuchen werden, sich außenpolitisch zu entlasten. Gerade wegen des größeren Einflusses der Demokraten kann der Druck auf die europäischen Partner ansteigen, sich weit stärker als bisher an der Lösung der globalen Probleme zu beteiligen.

Schon jetzt steht die Bundesregierung unter großem Druck der USA, den Bundeswehreinsatz im Norden Afghanistans auf den Süden auszudehnen und sich mit einem größeren Truppenkontingent am NATO-Einsatz zu beteiligen. Sollte es nach Ablauf des Ultimatums der US-Regierung an den Sudan zum Ende des Jahres zu einer robusten UN-Mission in Darfur kommen, steht Deutschlands außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung vor einer weiteren schweren Belastungsprobe.

Im Streit um das iranische Atomprogramm wurden bisher die Verhandlungen des EU-Dreigespanns Deutschland, Großbritannien und Frankreich mit Iran in enger Abstimmung mit den USA, aber auf multilateraler Basis geführt. Schon vor der Wahl hatten prominente Demokraten wie Howard Dean, Barack

Obama und John Kerry eine härtere Gangart gegenüber dem Iran gefordert, wenn auch nur um im Wahlkampf ihr sicherheitspolitisches Profil zu schärfen. Bereits kurz nach der Wahl wurde aus den Reihen der Demokraten die Forderung laut, „direkte und robuste Gespräche“ mit der iranischen Regierung zu führen. Die Bush-Regierung hatte bilaterale Gespräche bisher nur unter der Bedingung eines Anreicherungsstopps in Aussicht gestellt. Zur Zeit ist aber noch keine Änderung der amerikanischen Haltung in dieser Frage auszumachen. Die US-Regierung hat erneut bekräftigt, an ihrer Linie festhalten zu wollen. Ob sich auch jene enttäuscht sehen, die auf eine offenere Außenpolitik im Mittleren Osten gehofft haben, wird abzuwarten sein.

Weit größeres Ungemach fürchten Vertreter der EU-Kommission in Handelsfragen. Da die Demokraten in Fragen des Freihandels traditionell protektionistisch eingestellt sind, ist mit einer Verbesserung der ohnehin schon fragilen Handelsbeziehungen mit den USA wohl nicht zu rechnen. Ein demokratischer Kongress wird den handelspolitischen Spielraum Bushs noch weiter verringern. Wegen des Ablaufs des Verhandlungsmandats Mitte 2007, ist eine Lösung des gordischen Knotens und ein erfolgreicher Abschluss der Welthandelsrunde in Doha nicht in Sicht. Dies wird die Spannungen zwischen der Europäischen Kommission und den USA in den Handelsfragen weiter verschärfen. Die Verwirklichung der umstrittenen Idee einer transatlantischen Freihandelszone rückt damit in weite Ferne.

Der Wahlerfolg der Demokraten könnte so zum Lackmus-Test für die transatlantischen Beziehungen werden. Auf dieser Seite des Atlantiks wird man sich nun noch mehr als bisher mit der eigenen Rolle und dem Ausmaß des eigenen Engagements in der internationalen Politik auseinandersetzen müssen. Die Neupositionierung der US-Außenpolitik bietet aber auch die Chance, sich stärker als bisher Gehör zu verschaffen. Größeres Engagement bietet gleichzeitig die Möglichkeit, die von europäischer Seite stets angemahnte Kohärenz in der außenpolitischen Strategie der USA zu bewirken. Deutschland sollte diese Chance nutzen und den Prozess der transatlantischen Annäherung nach der Krise der letzten Jahre weiter vorantreiben. ■

Europaweite Ausschreibung von Rüstungsgütern



Markus Ferber

Die Schlagzeilen der letzten Wochen waren beherrscht vom Libanon-Einsatz der Bundesmarine, dem Ruf nach einem deutschen Engagement im Süden Afghanistans und dem Bundeswehr-Einsatz im Kongo. Ein Thema aber, das mit diesen Einsätzen eng verknüpft ist, landete nicht auf den Titelseiten der Zeitungen: die Frage nach Struktur und Aussichten der Rüstungszusammenarbeit in Europa.

Angesichts der sicherheitspolitischen Anforderungen wird auf eine Reduzierung des internationalen Engagements der Bundeswehr im Rahmen von UN, NATO oder EU-Einsätzen nicht zu hoffen sein. Eher werden die Aufgaben weiter wachsen. Denn nicht zuletzt ist die Sicherung der Stabilität in den derzeitigen Einsatzgebieten der Bundeswehr im sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands.

Die Beschaffungsvorhaben der Zukunft werden diese Anforderungen reflektieren müssen. Dies gilt sowohl für die großen Vorhaben wie den Ausbau der Lufttransportkapazitäten, aber auch, wie das Beispiel der letzten Jahre gezeigt hat, für vermeintlich kleinere Güter wie passende Uniformen und Stiefel für das jeweilige Einsatzgebiet.

Erschwert werden solche Anforderungen an künftige Beschaffungsvorhaben durch das wichtige Ziel, die notwendige Konsolidierung des Bundeshaushaltes nicht zu gefährden. In der Tat ist dies ein Problem, das nicht allein auf Deutschland zutrifft. So verzeichnet die Europäische Verteidigungsagentur (European Defence Agency – EDA) einen leichten

Rückgang der Verteidigungsausgaben ihrer 24 Mitgliedstaaten (alle Mitgliedsstaaten der EU-25 mit Ausnahme Dänemarks) von insgesamt knapp 193 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf etwas mehr als 191 Milliarden im laufenden Jahr.

Dabei muss der Großteil der Ausgaben für die laufenden Kosten aufgewandt werden. Nur 18 Prozent der Verteidigungsausgaben aller EDA-Mitgliedstaaten, rund 35 Milliarden Euro, werden für Investitionen in Beschaffungsvorhaben oder Forschung und Entwicklung verwendet. Bemerkenswert sind weiterhin die Unterschiede bei Forschung und Technologie. Während Deutschland 2005 rund 405 Millionen Euro für die Erforschung neuer Technologien aufbrachte, gab Großbritannien nach EDA-Angaben im gleichen Zeitraum 650 Millionen Euro aus, Frankreich gar knapp 700 Millionen Euro.

Die Kombination aus gewachsenem Anforderungsprofil an die Bundeswehr und haushaltspolitischen Zwängen lässt deshalb nur einen Schluss zu: Rüstung und Beschaffung müssen effizienter organisiert werden.

Potential gibt es dabei vor allem bei der Vergabe von Aufträgen. Denn nach wie vor sind die meisten Rüstungsmärkte in der EU rein national orientiert – und verpassen dadurch eine wichtige Chance zur Senkung der Kosten. So waren von den auf insgesamt 26,4 Milliarden Euro geschätzten europäischen Rüstungsvorhaben im Jahr 2005 lediglich 18 Prozent länderübergreifend organisiert. 82 Prozent waren rein nationale Beschaffungsprogramme.

Ein erster Lösungsansatz ist dabei der von der Europäischen Verteidigungsagentur entwickelte Verhaltenskodex. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, Ausschreibungen im Wert von über 1 Million Euro einem elektronischen Informationsportal zu melden. Dies gilt für

Aufträge, die nach einer Ausnahmeklausel für militärische Güter in Artikel 296 des EG-Vertrages nicht grundsätzlich den europäischen Wettbewerbsbedingungen unterliegen. Dadurch sollen mehr Unternehmen eine Chance bekommen, sich um einen Auftrag zu bewerben. Ausnahmen sind zwar vorgesehen, jedoch müssen die teilnehmenden Staaten diese begründen.

Zugleich will die Europäische Kommission bis Herbst 2007 einen Legislativvorschlag zu den Ausschreibungsmodalitäten für militärisch genutzte Güter vorlegen, die nicht zu den sicherheitsrelevanten Ausnahmen nach Artikel 296 EG-Vertrag gehören. Dabei muss das Ziel sein, weniger Ausnahmen für das europäische Wettbewerbsrecht zuzulassen. Dies ist auch die Linie des Europäischen Parlaments, dass sich dafür ausgesprochen hat, die Vergabe von Militäraufträgen europaweit zu öffnen. Ziel ist die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch die Reduzierung der Zersplitterung des Marktes für Verteidigungsgüter.

Wie schwierig die Fortschritte in der Zusammenarbeit sind, zeigt sich an den Beratungen über den Haushalt der Europäischen Verteidigungsagentur. Zwar konnten sich die Verteidigungsminister auf ihrem Treffen Mitte November auf den Haushalt 2007 einigen. Streit gab es aber wegen der Prioritäten der Finanzplanung bis 2009, so dass Großbritannien diesen Teil der Beratungen blockierte. Der Grund soll nicht zuletzt auch Skepsis gegenüber gemeinsamen Forschungsvorhaben gewesen sein.

Dennoch scheint klar: gerade Deutschland als Technologiestandort kann durch eine verstärkte Öffnung der europäischen Rüstungsmärkte profitieren – durch mehr Aufträge für deutsche Unternehmen sowie Kostensenkungen durch Synergieeffekte bei eigenen Beschaffungsvorhaben. ■

* Markus Ferber ist Vorsitzender der CSU-Europapartei und des Fachausschusses „Europapolitik“ des AK Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU.

Wehrpolitik im Internet unter:

www.wehrpolitik.net

mit Links auf wehrtechnische Firmen, Archiv, etc.

Die Bundeswehr in den Süden Afghanistans?

Bündnissolidarität als politisches Problem

Das Drängen der Verbündeten

Von Tag zu Tag wird das Drängen von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer und von NATO-Oberbefehlshaber James Jones stärker: Die Bundeswehr solle endlich Kampfverbände in den Süden Afghanistans schicken zum Einsatz gegen die erstarkten Taliban-Kämpfer. Diese wollen in dem großen Land am Hindukusch ihren Steinzeit-Islam nochmals einführen, nachdem sie 2001 von US-amerikanischen und britischen Truppen von der Macht vertrieben worden waren. Angesichts von 48 gefallenen Soldaten alleine der kanadischen Streitkräfte seit Februar 2006 kann man verstehen, dass die Verbündeten drängen: Jetzt auch Deutsche an die Front!

Zur Erinnerung: Kosovo 1998

Wie viel ist uns Deutschen die Bündnissolidarität in der NATO wert? Erstmals wurde uns im Oktober 1998, während des Kosovo-Konflikts diese Frage gestellt. Die gerade abgewählte CDU-geführte Bundesregierung und die im Entstehen begriffene rot-grüne Regierung mussten sich schnell entscheiden; beide votierten – wenngleich Rot-Grün nur zähneknirschend – mit Ja. Seitdem steht für Deutschland die Frage der Bündnissolidarität auf der Liste der sicherheits- und außenpolitischen Problemfragen, die abzuarbeiten sind. Aber das Thema blieb liegen.

Bündnissolidarität als hohes Gut

General a.D. Klaus Naumann, einstmals deutscher Generalinspekteur, war 1998/99 scharfer Kritiker des NATO-Luftkriegs gegen Rest-Jugoslawien. Jetzt rät er aus Bündnissolidarität zu einem Bundeswehreininsatz im Süden Afghanistans. Wir Deutsche könnten uns eine politische Isolierung im Bündnis nicht leisten, meint er. Nun wird in einer neuen Weltlage mit neuen Bedrohungen v.a. durch den Terrorismus von uns Solidarität als Bringschuld verlangt. Das ist friedenspolitisch ernst zu nehmen. Bündnissolidarität begegnet uns jetzt aber als „Bündnisfalle“, wie es der Friedensforscher Reinhard Mutz nennt. Das Neue: Es geht im Süden Afghanistans um eine Kampfteilnahme mit mehr als ungewissem Ausgang.

Clausewitz ernst nehmen

Nach Clausewitz ist der Krieg die Fortsetzung der Politik unter Beimischung anderer Mittel, wie er mehrfach in seinem nachgelassenen Opus Vom Kriege geschrieben hat. Der Krieg folgt, so der große preußische Strategie, keiner eigenen militärischen Logik, sondern der politischen.

Prüffrage 1: Wo ist das politische Ziel der Kriegführung im Süden Afghanistans gegen die Taliban-Kämpfer, das militärisch erreicht werden könnte? Das politische Ziel ist der Neuaufbau ziviler staatlicher Strukturen, von der Gesundheits- bis zur Wirtschaftspolitik, der in genau fünf Jahren keine nennenswerten Erfolge gezeitigt hat. Der militärische Kampf gegen die Taliban ist kein Ersatz für den politischen Wiederaufbau und die Stärkung der Zentralregierung im Süden des großen Landes, sondern Ausdruck des bisherigen Scheiterns.

Keine Rede davon, dass „die hinreichende Erfolgsaussicht“ der militärischen Karte, ein eisernes politisches und ethisches Beurteilungs-Kriterium, gegeben ist. Mehrere Kommentatoren haben ungeschminkt geschrieben, die NATO sei im Süden Afghanistans zum Erfolg verurteilt. Man kann ergänzen: Oder zum Scheitern verdammt. So sieht es der SPD-Experte Hans-Ulrich Klose. Die NATO brauche die deutschen Kampftruppen, um bestehen zu können, sonst drohe die Niederlage.

Prüffrage 2: Was soll die Bundeswehr im Süden Afghanistans also tatsächlich? Das politische und absehbare militärische Scheitern hinauszögern und darin Solidarität mit den NATO-Partnern beweisen, indem wir auch eigene Opferzahlen vorweisen können?

Kämpfen und sterben wofür?

Für das Urteil über Sinn oder Unsinn deutscher Waffengänge fern der Heimat ist die 3. Prüffrage unerlässlich: Wofür wollen wir in bestimmten Konfliktlagen unsere eigenen Soldaten ins Feuer schicken? Das neue Verteidigungsweißbuch nennt nun deutlicher als früher die deutschen Interessen. Aber wie sind sie mit den europäischen Interessen verwoben? Von einer nationalen Sicherheitsstrategie ist das neue Weißbuch weit entfernt. Bis

heute ist der Truppe und der Öffentlichkeit nicht wirklich schlüssig erklärt worden, ob in Afghanistan tatsächlich deutsche Interessen verteidigt werden.

Im Süden des Landes würde die Bundeswehr erstmals der echte Krieg mit all seinem Grauen erwarten. Die Ausbildung der Soldaten für den Anti-Guerilla-Kampf ist völlig unzureichend, die Ausrüstung nicht modern genug, Folge der Unterfinanzierung der Bundeswehr seit über zehn Jahren. Eigene Soldaten ohne zureichende Fähigkeiten in den Kampf gegen irreguläre Feindkräfte zu schicken ist politisch und ethisch schlicht verantwortungslos.

Vom heillosen Dilemma zu einem Neuanfang?

Ein klares Nein zum Bundeswehreininsatz im Süden Afghanistans ist also unvermeidlich. Wer sich als deutscher Politiker mit diesem Urteil aus Gründen der Bündnisräson in NATO und demnächst EU nicht zufriedengeben will oder kann, soll sagen, dass er bislang unvorstellbare Dinge andenkend: Kampfeinsätze der Bundeswehr jenseits vernünftiger Lagebeurteilungen, um den Zusammenhalt der NATO nicht zu gefährden, um Solidarität in verzweifelter Lage am Hindukusch zu beweisen, dazu um deutsche Handlungsfähigkeit im Bündnis. Nicht zuletzt ginge es auch um Erhalt des Vertrauens bei unseren Partnern. Für diese Werte hätte Deutschland einen gewaltigen Preis zu zahlen.

Soldaten in riskante Einsätze zu schicken gehört zu den Wagnissen auch verantwortungsvoller Politik. Insofern ist der Bundeswehr-Einsatz im Norden Afghanistans weiterhin zu vertreten. Unsere Soldaten in verzweifelte Einsätze zu schicken, überschreitet eine rote Linie, die mit dem Leitbild des Soldaten als Staatsbürger in Uniform und Mitbürger bricht. Wer meint, über die Grenze hinaus denken zu müssen, sollte so ehrlich sein und radikale Alternativen ansprechen. Das könnte eine europäische Fremdenlegion sein, in welcher Rechtsform auch immer. Aber das ist ein ganz neues Thema.

Der Verfasser ist freier Publizist und hauptberuflicher Religionslehrer am Gymnasium in Kitzingen/Main. ■

Das Betreuungskonzept für A400M

Wie sich EADS Military Air Systems auf Einführung und Betrieb des neuen Transportflugzeuges A400M vorbereitet.

Um die im Rahmen der internationalen Einsätze erheblich gestiegenen Anforderungen an strategischen und taktischen Lufttransport erfüllen zu können, braucht die Bundeswehr dringend die neuen Transportflugzeuge A400M. Mit der Indienststellung dieser neuen Militärtransporter schließt die Bundeswehr eine bedeutende Fähigkeitslücke und schafft so die Voraussetzungen für eine unabhängige Handlungsfähigkeit der deutschen Streitkräfte.

Mit der Einführung dieses neuen Waffensystems vollzieht sich ein Quantensprung im Vergleich zur über 40 Jahre alten Technik der Transall C-160. Dieser Wechsel wird sich auch deutlich in einem neuen Betreuungskonzept widerspiegeln.

Um die bedarfsgerechte Einsatzunterstützung und einen wirtschaftlichen Betrieb der neuen Transportflugzeuge über die gesamte Lebensdauer sicherstellen zu können, bietet EADS Military Air Systems (MAS) eine integrierte logistische Unterstützungsleistung an.

1. Hinter dem Begriff ILS steht die direkte Einbettung und Verknüpfung mit dem Entwicklungs- und Produktionsprogramm der A400M, bei dem die EADS-Division Defence & Security Systems (DS) in Deutschland mit bedeutenden Arbeitspaketen beteiligt ist und dadurch von Anfang an wichtige Systemkenntnisse für eine erfolgreiche Betreuung erwirbt.
2. Im Unterstützungszentrum werden sämtliche logistischen Disziplinen zu einem gesamten Leistungspaket zusammengeführt. Die Luftwaffe kann daraus im Rahmen eines Gesamtvertrags einzelne Dienstleitungen bedarfsgerecht abrufen.
3. Dieses Konzept einer zentralen logistischen Einrichtung verringert den Koordinationsaufwand auf der Auftraggeberseite erheblich, erhält aber die Souveränität der Luftwaffe.

4. Im Rahmen einer kooperativen Einrichtung arbeiten Luftwaffen- und Industriepersonal eng zusammen, damit die für die Luftwaffe äußerst wichtige Erkenntnis- und Bewertungsfähigkeit aufgebaut und erhalten wird. Zusätzlich bietet diese bisher einzigartige Form der Zusammenarbeit größtmögliche Transparenz für den Kunden.

Mit weit mehr als 40 Jahren Erfahrung ist der Geschäftsbereich Military Air Systems ein bewährter Partner für die deutsche Luftwaffe und damit die erste Adresse für Betreuung und Kampfwertsteigerung militärischer Luftfahrzeuge in Deutschland.

EADS Military Air Systems (MAS) vereint als Teil der Division Defence & Security Systems (DS) alle Kompetenzen, die für den effizienten Einsatz von Kampf-, Trainings-, Transport- und Missionsflugzeugen erforderlich sind.

Neben Phantom, Tornado und Eurofighter wird bei MAS auch das Transportflugzeug C-160 Transall betreut und in Zusammenarbeit mit der Dornier Flugwerft (DFW) werden Depotinstandsetzungen, Wartung und Modernisierungsprogramme am Missionsflugzeug P-3C der Marineflieger und an E-3A AWACS und TCA Flugzeugen der NATO durchgeführt.

Der Standort Manching verfügt über eine exzellente Infrastruktur für sämtliche Arbeiten an Flugzeugen bis zur Größe eines Airbus A300-600. Neben den großzügigen Hallen für Flugzeugwartung und Überholung ist auch die hochmoderne Lackiererei und Entlackungsanlage ein Beispiel für die herausragende Ausstattung und Kapazität Manchings. Aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zur Wehrtechnischen Dienststelle (WTD) 61 verfügt MAS über erstklassige Bedingungen für die vollständige entwicklungs-technische Betreuung einschließlich der Zulassungsaktivitäten.

Mit Einführung des Waffensystems Eurofighter wurde am Standort Manching ein Systemunterstützungszentrum (SUZ) in Betrieb genommen, das gemeinsam

mit der Luftwaffe betrieben wird. Mit dem SUZ haben MAS und die deutsche Luftwaffe eine Vorreiterrolle in Europa übernommen.

Die erfolgreiche Partnerschaft zwischen Luftwaffe und MAS wird in Kürze auch auf das Waffensystem Tornado ausgedehnt und bietet sich folgerichtig auch für die A400M als besonders risikoarme Lösung an.

Die umfassende Abstützung auf industrielle Kapazitäten ermöglicht es der Luftwaffe, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.

Im weltweiten Einsatz wird eine schnelle und bedarfsgerechte logistische Unterstützung gewährleistet. Dabei kommen ausgereifte Problemanalyse-, Wartungs- und Instandsetzungsverfahren zur Anwendung. Erfahrene Transportunternehmen stellen die schnellstmögliche Ersatzteilversorgung sicher, wodurch eine kostspielige multinationale Lagerhaltung vermieden wird.

Durch die Zentralisierung aller technisch-logistischen Unterstützungsleistungen können Synergien genutzt werden, die zu einer erheblichen Reduzierung der gesamten Life-Cycle-Kosten beitragen.

Die Konzipierung der A400M beruhte anfangs auf der Verwendung möglichst vieler Komponenten der zivilen Airbus-Produktfamilie. Die Berücksichtigung der besonderen Einsatzbedingungen und des Nutzungsverhaltens der militärischen Auftraggeber haben jedoch dazu geführt, dass sich die A400M im Zuge der Entwicklung stetig vom ursprünglichen „zivilen“ Entwurf entfernt hat und heute ein eigenständiges militärisches Transportflugzeug darstellt, das ein individuelles Logistikkonzept erfordert.

Der EADS-Geschäftsbereich Military Air Systems bietet beste Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und kompetente Einsatzunterstützung für die A400M, die in den nächsten Jahrzehnten das Kernelement der militärischen Lufttransportkapazitäten in Europa bilden wird.

Military Air Systems – der bewährte Partner der deutschen Luftwaffe. ■

20. Ausgabe der WEHRPOLITIK auch im Internet unter:
www.wehrpolitik.net

Sicherheit in Zeiten asymmetrischer Bedrohung



Dr. Hans-Peter Uhl

Die jüngst bekannt gewordene Planung eines Attentats auf dem Frankfurter Flughafen hat es erneut deutlich gemacht: Deutschland ist im Visier des internationalen Terrorismus. Die Angriffe der Terroristen richten sich nicht gegen militärische Ziele. Sie zielen in erster Linie auf die wirtschaftlichen Strukturen und auf die Psyche der Menschen. Sie wollen Angst und Schrecken verbreiten und damit politischen Druck erzeugen. Sie nutzen alle modernen Kommunikationsmittel, um die Effekte ihrer Anschläge und ihrer politischen Botschaften zu verstärken.

Die westlichen Gesellschaften müssen sich der neuen asymmetrischen Bedrohungslage stellen und neue Strategien im Kampf gegen den Terrorismus entwickeln. Deshalb muss auch unsere Sicherheitspolitik den Erfordernissen der globalen Bedrohungslage angepasst werden.

- Hierzu gehört der Einsatz der Bundeswehr im Innern bei terroristischen Bedrohungslagen. Um die Voraussetzung dafür zu schaffen, werden wir das Grundgesetz ändern müssen. Denn eins ist sicher: Mit klassischer Amtshilfe können wir Schnee wegräumen und Sandsäcke gegen Hochwasser aufrich-

ten. Doch Terroranschläge können wir damit sicher nicht verhindern.

- Hierzu gehört auch eine Neustrukturierung der Bundespolizei. Bald werden die Schengen-Außengrenzen zu unseren östlichen Nachbarn Polen und Tschechien wegfallen. Die frei gesetzten Kräfte der Bundespolizei werden dringend benötigt, um der terroristischen Bedrohung und der dynamischen Verkehrsentwicklung Herr zu werden. Hierzu ist eine Anpassung der Organisationsstruktur erforderlich, die nun zügig umgesetzt wird.
- Die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste müssen die verfügbaren Informationen noch besser vernetzen können, um bereits im Vorfeld eine Anschlagsvorbereitung zu erkennen und zu vereiteln. Die Antiterrordatei dient diesem Zweck. Es gibt immer wieder Kritiker, die diese Datei unter Hinweis auf das so genannte Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden ablehnen. Diese Debatte ist hochtheoretisch. Ich bin überzeugt, dass eine bessere Vernetzung völlig verfassungskonform ist. Weil die Bürger zu Recht erwarten, dass der Staat sie effektiv schützt, fordere ich Vorfahrt für die Sicherheit!
- Wir brauchen leistungsfähige Geheimdienste. Das nach den Anschlägen des 11. September 2001 auf den Weg gebrachte Terrorismusbekämpfungsgesetz hat die Befugnisse der Dienste auf

maßvolle, aber wirksame Art erweitert. Die Evaluierung hat die Notwendigkeit der gesetzlichen Befugnisse bestätigt: Wir müssen alles tun, um islamistischen, aber auch rechtsextremistischen Hasspredigern das Handwerk zu legen. Wollte man den Geheimdiensten ein zu enges Korsett anlegen, wäre das ein schlechter Dienst für die Sicherheit! Wir werden das Gesetzesvorhaben noch in diesem Jahr verabschieden.

- Zudem werden wir die einreise- und aufenthaltsrechtlichen Vorschriften ändern, um die Einreise von international agierenden Terroristen zu unterbinden. Einige notwendige Änderungen sind bereits in die laufende Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher EU-Richtlinien eingearbeitet worden. Andere stehen noch aus wie die längst überfällige Einlader- und Warndatei. Da sie auf EU-Ebene auf Widerstände gestoßen ist, muss nun eine nationale Lösung zügig auf den Weg gebracht werden.
- Der Visa-Untersuchungsausschuss hat bereits zu vielen personellen und organisatorischen Änderungen bei den Auslandsvertretungen geführt. Ich bin zuversichtlich, dass die geplanten Verstärkungen aus dem Bereich der Bundespolizei an so genannten Problem-botschaften zu einem weiteren Zuwachs an Sicherheit führen. Dies zeigt, dass auch Untersuchungsausschüsse zu sinnvollen praktischen Ergebnissen führen können. ■

Dr. Heinrich Maetzke

Aktuelles Buch: Welt ohne Weltordnung* Wer wird die Welt erben?

Seit 16 Jahren feiern wir alljährlich die Wende von 1989/90 – und haben das eigentliche Epochenjahr womöglich verschlafen. Seit dem Ende des Kalten Krieges verstehen wir die Welt nicht mehr, weil wir noch immer nicht sehen, wann die entscheidenden Weichen gestellt wurden und wohin die Reise seither geht.

1979, das ist die am häufigsten genannte Jahreszahl im beunruhigenden Buch des Historikers und Außenpolitik-Experten Mi-

chael Stürmer über unsere Welt ohne Weltordnung. 1979 begann das Ende des Kalten Krieges und der Weg in die neue Weltordnung. 1979 entschloss sich der Westen, mit Mittelstreckenraketen Moskaus nuklearer Erpressung zu begegnen. Der neue polnische Papst rief seinen Landsleuten sein berühmt gewordenes „Fürchtet Euch nicht“ zu. Moskau begann sein Abenteuer in Afghanistan. Das Ende ist bekannt.

1979 schloss aber auch der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat Frieden mit Israel. Gerne hätten die Israelis schon da-

mals den Ägyptern mit der Sinai-Halbinsel auch Gaza überlassen. Sadat lehnte dankend ab – und Israel weiß noch immer nicht, was tun mit dem „Höllenschloß“ aus Hitze, Armut und permanenter Bevölkerungsexplosion“, wie Stürmer Gaza beschreibt. 1979 hielten 200 islamische Fanatiker die große Moschee in Mekka zwei Wochen lang besetzt. Französische Fallschirmjäger stürmten schließlich das Heiligtum. Den Namen eines Fanatikers, der damals entkam, kennt heute alle Welt: Osama bin Laden.

Schon 1979, sieht Stürmer, entwickelte sich der Mittlere Osten zu dem permanenten Krisenherd, der er heute ist. Kein Ereignis hatte dafür größere Bedeutung als die Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus französischem Exil nach Teheran im gleichen Jahr. Der Historiker hat keine Antwort auf die Frage, was Paris damals dazu bewog, den fanatischen Hass-Greis auf die Schlüsselkraft am Persischen Golf loszulassen. Im weiteren Verlauf hing immer alles mit allem zusammen: Während des blutigen Krieges zwischen Saddam Husseins Irak und Khomeinis Iran senkten die Saudis den Ölpreis, um Teheran zu ruinieren und zum Frieden zu zwingen, den die Mullahs nicht wollten – und trieben dabei auch die Sowjetunion in jenen Bankrott, den 1985 Michael Gorbatschow in Moskau vorfand.

Stürmer belässt es nicht beim Rückblick, sondern verfolgt von erhöhter Historiker-Position aus, wie es seit 1979 weiterging. Mit seinen Lesern schreitet er den politischen Horizont ab, betrachtet die maßgeblichen Akteure und beschreibt ihre Interessen und Handlungszwänge. Zum ersten Mal in der Geschichte, versprach Helmut Kohl seinen Landsleuten nach der Wiedervereinigung, sei Deutschland „umzingelt von Freunden“. Die Illusion ist verflogen. Deutsche und Europäer finden sich umgeben von Krisenherden und Elendsregionen, sogar in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft: Schwer zu sagen, was aus der Ukraine oder aus Weißrussland werden soll, von Moldawien, dem gescheiterten Staat mitten in Europa, gar nicht geredet.

Seit Jahrhunderten ist Russland Europas großes Problem und wird es bleiben. Der Riese im Osten, ahnt Stürmer, „wird sich nicht abfinden mit der Existenz als Rest des großen Sowjetimperiums. Die kulturelle Demütigung schmerzt, ebenso wie der Machtverlust.“ Wladimir Putin selbst bezeichnete vor anderthalb Jahren die Auflösung der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. Dabei hätte Moskau längst neue Sorgen: Im Fernen Osten richtet Peking seinen Blick auf Sibiriens Rohstoffe, und im Kaukasus brennt Russlands islamischer Süden. Geopolitische und kulturelle Logik, hofft Stürmer, „verlangen, dass Russland gemeinsam mit dem Westen seine Zukunft definieren muss“. Noch spricht wenig dafür, dass Putin das genauso sieht.

„Neue Mächte bringen unausweichlich Ungleichgewicht, Unsicherheit und Kon-

flikte“, erinnert der Historiker, mit Blick auf Indien und China. Der Aufstieg Chinas entwickelt längst seine ganz eigene Dynamik: „Heute will China Status-quo-Macht sein – und kann es doch nicht bleiben, schon weil das Land Öl und Gas aus der ganzen Welt braucht.“ Eine un-gute Rolle spielt Peking derzeit auf der koreanischen Halbinsel, wo es den Nuklearkicker des nordkoreanischen Despoten Kim Jong Il benutzt, „um sich als Vormacht Asiens gegen Amerika zu positionieren“.

Der gefährlichste Brandherd ist das mittelöstlich-nordafrikanische Krisengebiet von Mauretanien bis zum Iran. Die Region steht unter schier unvorstellbarem demographischen Druck: Ein Drittel der Bevölkerung ist weniger als 15 Jahre alt. Unter solchen Umständen, schreibt Stürmer, „ist Stabilität nichts als ein leeres Wort“. Die Bevölkerungsexplosion „kann eines Tages alle politischen Formen sprengen“. Auf den Kanarischen Inseln, Lampedusa und Sizilien, bekommen die Passagiere auf dem Luxusdampfer Europa schon eine Ahnung von den Völkerwanderungen, die ihnen noch bevorstehen.

Die übelste Rolle in der Region spielt der Iran, dessen Präsident Mahmoud Ahmadinedschad eben erst verkündete, die Bevölkerung des Landes solle möglichst schnell von 70 auf 120 Millionen wachsen. Bevölkerungsreichtum, Öl und strategische Lage am Persischen Golf prädestinieren den Iran zur regionalen Führungsmacht. Doch die Mullahs wollen mehr: Die Hegemonie am Golf und darüber hinaus. Was ihnen dazu noch fehlt, sind nukleare Waffen. Denn dann, erklärt Stürmer, könnten sie für die Region ein Interventionsverbot aussprechen: „Im Kriegsfall müssten amerikanische Flugzeugträger außerhalb der Reichweite iranischer Raketen operieren. Intervention zugunsten der Saudis und der Emirate wäre dann kaum noch möglich.“ Ahmadinedschad persönlich bestätigte kürzlich Stürmers Analyse mit der Drohung: „Der Mittlere Osten kann entweder eine amerikanische Zukunft haben oder eine islamische unter Führung des Iran.“

Die Aussicht treibt den Golf-Anrainern schon jetzt den Angstschweiß auf die Stirn. Außer den USA gibt es in der Schlüsselregion des Öls schon heute keine ernsthafte Gegenmacht zum Iran. Aber wie sicher ist der amerikanische Schutz noch nach den Erfahrungen im Irak? Auch die Europäer sollten es sich dreimal überlegen, ehe sie sich im Irak Demütigung und Abzug der Amerikaner

wünschen. Vor allem ihr Öl kommt aus der Golfregion, und sie liegen schon jetzt in Reichweite iranischer Raketen, nicht die USA. Stürmer: „In allen Ungleichgewichten dieser Region sind es am Ende immer wieder die Vereinigten Staaten, welche militärisch und politisch alles im Lot halten müssen.“ Die gleiche, anstrengende Rolle der „Gleichgewichtsmacht von Übersee“, wie Stürmer es formuliert, muss Washington auch in Süd- und Nordostasien spielen, wo die kleineren Länder der Region nicht mit China allein gelassen sein wollen – und in Europa, was die Europäer, die 50 Jahre lang von Amerikas Gegenmacht-Rolle abhingen, eigentlich wissen müssten.

„Der lange nukleare Friede ist vorbei, es beginnt ein langer Winter der Sorge vor neuen Nuklearwaffenstaaten, nuklearem Waffenhandel und Bomben aus radioaktivem Abfall“, fürchtet der Historiker. Dazu kommt religiös befeuert Mega-Terrorismus: „Wir leben, ob wir es wollen oder nicht, im Zeitalter neuer Religionskriege, die keineswegs nur ‚Islam gegen Westen‘ bedeuten, sondern auch Sunni gegen Schia, Muslime gegen den Staat Israel und die Juden.“ Im Kalten Krieg dienten Atomwaffen der Abschreckung, nicht der Kriegführung. Ob das heute noch gilt, hält Stürmer für ungewiss.

Die Europäer sind auf die neuen Herausforderungen schlecht vorbereitet. Es fehlt ihnen der Mut zur politischen Union und die Entschlossenheit zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient. Wahrscheinlich fehlt ihnen auch der Begriff davon, was Krieg in der Welt nach dem Kalten Krieg bedeuten kann: „Wer aber den Ernstfall nicht denken kann oder will, ist wahrscheinlich dazu verurteilt, ihn zu erleben.“

Stürmers Warnungen gehen unter die Haut. Vielleicht aus Rücksicht auf empfindsame Gemüter spricht er eine noch düstere Einsicht nicht aus: Noch nie in vergangenen Jahrhunderten ist je eine Weltordnung allein im großen Kompromiss am Verhandlungstisch entstanden. Ob Westfälischer Friede, Wiener Ordnung, Versailler System oder bipolare Weltordnung des Kalten Krieges, stets gingen der Friedensordnung, die dann übrigens immer auch Verlierer hatte, blutige Katastrophen voraus. Wer hoffen will, dass das ausgerechnet im 21. Jahrhundert anders sein könnte, braucht großen Optimismus. ■

„Controllieren“ ohne zu steuern

Der Generalinspekteur witterte im Spätsommer diesen Jahres Unrat. Controlling, so fürchtete er, breite sich epidemieartig aus und führe in der ohnehin bis an die Grenze des Erträglichen ausgelasteten Truppe zu unnötigem und vor allem unproduktivem Aufwand. Bis auf Bataillonsebene Controlling? War das nicht des guten zuviel?

Einige Wochen später schaltete sich Staatssekretär Dr. Wichert auf. Er selbst hatte in seinem „früheren Leben“ als Staatssekretär unter Verteidigungsminister Rühle 1997 die Einführung von „Kosten- und Leistungsverantwortung“ (KLV) angeordnet. Konkrete Formen nahm KLV dann mit der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) an: Die Idee, in dem Großkonzern „Bundeswehr“ ein Instrument einzuführen, das jeder Kleinunternehmer und jeder Zeitungskioskbesitzer von Rechts wegen beherrschen muss, hatte Charme und sollte dazu führen, nicht nur darauf zu achten, wie viele und welche Haushaltsmittel pünktlich abfließen oder nicht, sondern gleichzeitig den tatsächlichen Ressourcenverbrauch, einschließlich der Abschreibungen und Kosten für „Wasserköpfe“ zu berücksichtigen. Staatssekretär Dr. Wichert ignorierte die Bedenken der Oberverdachtschöpfer, die befürchteten, jetzt würde nicht mehr nur auf Effektivität der Auftragsbefüllung sondern zusätzlich gezielt auf „Effizienz“ geachtet und befahl die „Prozesskostenrechnung“ einzuführen. Dahinter stand die Idee, dezentral auf niedrigster Ebene Prozesse zu analysieren, Teilprozesse als überflüssig zu identifizieren, zu eliminieren und durch diese Prozessoptimierung Kosten zu sparen. Ganz oft in vielen Einheiten wenig sparen ergibt in der Summe eben auch viel, das war die Grundüberlegung. Betriebswirtschaftlich gesehen hätte die Einführung einer zentralen Konzernkostenrechnung in Form einer Produktkostenrechnung wohl mehr gebracht, allerdings in erster Linie auch mehr Widerstände. Die Analyse, wofür (für welche Produkte) werden periodenübergreifend Ressourcen (Personal, Güter und Dienstleistungen) verzehrt, hätte den Blick schon früh auf Kostentreiber (im Ministerium, in Ämtern, Kommando-behörden und Stäben) gerichtet und verdeutlicht wie teuer das „Sparen“ (an Haushaltsmitteln) kommen kann, wenn

später durch dieses Sparen wesentlich höhere Kosten entstehen. Dieser Blick gefällt nicht immer allen Betroffenen und auch wenn das kameralistische System in der öffentlichen Verwaltung in seinen letzten Zuckungen liegt und inzwischen die meisten Länder und in Nord-Rhein-Westfalen alle Kommunen zur „Doppelten Buchführung auf Konten“ (Doppik) übergehen, sterben manche Patienten wie die Bundesregierung langsamer und der Geschäfts-bereich des BMVg ganz langsam. Selbst die Alarmzeichen, die SASPF seit Jahren aussendet, dass die Einführung dieses betrieblichen Buchungssystems erst funktionieren kann, wenn der Konzern Bundeswehr über ein Konzernrechnungswesen sowie eine Finanzbuchhaltung verfügt, wurden lange nicht gehört und schon gar nicht ernst genommen. Erst als der Crash unmittelbar bevorstand und das „Gesamtunternehmen SASPF“ (das teuerste Investitionsprogramm der Bundeswehr seit ihrer Gründung) gegen die Wand zu fahren drohte, befahl der Staatssekretär eine „Neuausrichtung“ und „Beschleunigung“. Seine Berater hatten ihm vorgeschlagen, den Prozess Rechnungswesen zu beschleunigen und geglaubt, dass dadurch der Zug Kosten- und Leistungsrechnung Fahrt aufnehmen würde. Sie irrten. Die Verantwortung für den Geschäftsprozess Kosten- und Leistungsrechnung wurde vom Stab Leitungscontrolling, wo bisher wenig an diesem Prozess vorangetrieben worden war, in den Bereich der Abteilung Haushalt verlagert, wo inzwischen vollständiger Stillstand eingetreten ist. Priorisiert und damit finanziert wird, wen wundert es, der Geschäftsprozess „Haushalt“ und nicht KLR. Das entspricht zwar den Interessen der Abteilung Haushalt, bringt aber SASPF nicht voran und fördert auch nicht das wirtschaftliche Denken und Handeln.

Jeder Privatmann, jeder Firmeninhaber und inzwischen jeder Bürgermeister einer Kommune weiß, dass die Ausgabenseite und der Mittelabfluss zwar deutlich machen, dass (immer!) zu wenig Geld da ist, aber nur sehr eingeschränkt Wege aufzeigen können, wie Ressourcen eingespart, umgelagert oder effizienter verbraucht werden können.

Der Leistungsaspekt, nämlich die Antwort auf die Frage, was wird mit dem eingesetzten Geld (und den verbrauchten

Ressourcen) geleistet, kommt bei der haushalterischen Betrachtung vorsichtshalber erst gar nicht vor. Die oft willkürliche, häufig geänderte und nicht sehr übersichtliche Kapitel-Titelstruktur des öffentlichen Haushalts bietet nicht die Transparenz, die notwendig wäre, um wirksam und wirtschaftlich zu steuern. Und hier kommt „Controlling“ ins Spiel. Der Minister Scharping stellte die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) in einen größeren Zusammenhang und befahl im Mai 2003 in einer Rahmenweisung, dass alle Organisationsbereiche der Streitkräfte ein durchgängiges Controlling einzuführen hätten. Ihre unterschiedlichen Aufträge, Größen und Rahmenbedingungen sollten dabei durchaus Berücksichtigung finden. Die „Tochtergesellschaften“ sollten Controlling einführen, dabei aber nicht über einen Leisten geschlagen werden, sondern selbständig handeln. Und Minister Scharping verfügte, dass für diese Aufgabe hauptamtliches Personal zur Verfügung zu stellen sei, was bisher für die Kosten- und Leistungsrechnung nicht zugestanden worden war.

Alle mussten Controlling einführen, jeder wählte dazu seinen eigenen Weg und fast alle bauten eine Kosten- und Leistungsrechnung auf. Alle? Die „Konzernspitze“ (der Leitungsbereich) bekam für dieses Unternehmen zwar den größten und best besoldeten Stab („Stab Leitungscontrolling“), schaffte es aber getreu dem Generalfeldmarschall Moltke („Große Stäbe sind ein sicheres Zeichen für eine schlecht funktionierende Truppe“) bis heute nicht, ein Zielsystem für die Leitung, Zentrale Vorgaben für ein Controlling oder harmonisierte Vorgaben für eine Kosten- und Leistungsrechnung zu entwickeln und einzuführen.

Die zivilen und militärischen Organisationsbereiche taten zwar, was befohlen war, lebten aber in einer (Konzern-)Welt ohne Vorgaben und Ziele. Überall dort, wo der Beeinflussungsgrad gering oder gar nicht vorhanden war, ließ die Freude am Controlling und die Intensität der KLR folgerichtig spürbar nach.

Heute leben die Streitkräfte in einer Welt, in der die Knappheit der Mittel, der Reformstau, der Zwang zu vorausschauender Planung, zu zielorientiertem Steuern größer ist, als jemals zuvor, kurz

Fortsetzung auf Seite 11

Die ständige Weiterentwicklung unserer Unternehmenskultur

„Der ist nicht einmal die Luft wert, die er einatmet“ war ein weitverbreitetes Urteil über Faulenzer, Arbeitsunwillige, aber auch desaströse Betriebsleiter in einer Zeit, wo man noch in die Hände gespuckt hat, wo Ideen das oberste Gut bei der Schaffung neuer Produkte bedeuteten, wo *Motivation* als Begriff einer positiven Arbeitsauffassung gar nicht nötig, ja unbekannt war. In einer solchen Phase befand sich Deutschland nach dem Krieg, auch als Aufschwung oder später als deutsches Wirtschaftswunder bezeichnet. Da gab es Arbeitsmethodiken, nach denen man sich heute die Finger lecken würde, wären sie nicht längst verpönt. Da formten Unternehmer das Profil einer Wirtschaft, von denen man überzeugt sein konnte, dass sie mit Leib und Seele der Aufgabe, dem Ziel ihres Unternehmens verschrieben waren. Ein Konkurs galt nicht bloß als Straftat, sondern als ungeheure Schmach.

Warum rede ich darüber?

Schauen wir uns doch einmal die Generation der Geschäftsführer (heute heißen sie *Managing Director* oder *CEO*) genauer an: Lebensläufe, pardon *vitae*, makellos als Führungskraft erkennbar, nur keine praktischen Tätigkeitsphasen; am besten nach dem Studium (selbstverständlich mit Promotion) gleich in das so schicke Genre der Unternehmensberater eingestiegen, Leistungsnachweise als Rationalisierer oder Sanierer mit der zwin-

genden Empfehlung zum Vorstandsvorsitz oder besser gleich *Board of Directors*. Nur das zählt.

Zum zweiten empfiehlt sich ein Blick auf die Produktpalette, nein das *portfolio* eines modernen Unternehmens: Da sollten nur noch blitzende Edelstahlbüros in Glastürmen zu sehen sein, keine Werkhallen, ja schon gar keine Schornsteine. Der Wert eines modernen Unternehmens, also seine *Corporate Identity*, muss eben transparent sein, da stört eben jedes Spänchen, das eine ordinäre technische Entwicklung oder gar Fertigung verraten könnte; nein, *Showrooms* mit aparten *girls* geben mehr her als unförmige technische Gebilde, deren Zweck zu erklären ohnehin kaum jemand versteht. Eine vorbildliche Firma lebt von der *Integration* und vom *Marketing* von Produkten, die man am besten nicht selbst entwickelt und hergestellt hat. Die „Leitenden“ (anderes Personal braucht man gar nicht mehr) sind im übrigen alle *manager*, also Führungsleute, allerdings nunmehr ohne unternehmerische Verantwortung. Und sie machen keine Fehler: Warum wohl werden solche Leute von *Head Hunters* gesucht und – natürlich wird man fündig – fürstlich entlohnt? Der Gedanke an die Möglichkeit staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen im Fall von „erfolgreichen Firmenbereinigungen“ ist demnach völlig abwegig, oder?

Warum das so ist, ist ganz einfach: Grundsätzlich müssen alle „störenden“ Funktionen in einem Unternehmen (alle

solche, die nicht dem Kerngeschäft zuzurechnen sind) Dritten übertragen werden. Das gilt im wesentlichen für den gesamten betrieblichen oder Verwaltungsbereich, wo nach früherer Lesart die meisten Gemeinkostenanteile entstehen. Was bleiben muss, ist schlicht das *Controlling*, ein Bereich, der selbstverständlich erheblich größer sein muss als die vorherige Wirtschaftsabteilung. Das wichtigste ist aber die Veräußerung, also die Beauftragung von Subunternehmen für solche Bereiche, die der Leitung grundsätzlich als zu riskant erscheinen; das ist hinreichend bekannt unter dem philosophischen Begriff *outsourcing*. Und dabei leisten wiederum die Unternehmensberater, also die *Consultants*, wertvollste Alibifunktionen zur Entlastung der *Directors*.

Wie lange dauert es wohl, bis diese Unternehmenskultur (doch, denn eine schlechte Kultur ist immer noch eine Unkultur) die Qualität von Weltkonzernen vollends an die Wand gefahren haben wird? Wie vieler Beispiele bedarf es noch, bis die Öffentlichkeit, also auch die Politik (!) endlich begreift, welche Epidemien vormals bestsituierte Unternehmen dahinraffen? Wann wird den Fachleuten, also den *Insidern* klar, wo der jeweilige Bazillus sitzt, der solche Epidemien auslöst?

Was hat das nun mit dem eingangs erwähnten Zitat zu tun? Die Antwort darauf bleibt dem geneigten Leser überlassen. ■

* Dipl.-Ing. (FH) Jochen Weder ist stv. Vorsitzender des AK Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU

Fortsetzung von Seite 10

wenn es Controlling nicht gäbe, müsste es spätestens jetzt erfunden werden. Aber der Generalinspekteur und der Staatssekretär sind einträchtig besorgt, ob der „ganze Aufwand“ für Controlling nicht übertrieben ist und längst eingeschränkt gehört. Es ist richtig, dass viele Vorgesetzte Controlling- oder Kostendaten nicht zur Kenntnis genommen haben und schon gar nicht in ihre Entscheidungen einfließen ließen. Die Schuld daran wird jetzt den Controllern gegeben, vermutlich werden sie abgeschafft, mindestens auf den Ebenen, wo sie sich mit den harten, ungeschönten Fakten, nämlich den Kosten beschäftigen müssen. Wenn auf niedrigster Ebene, in den Verbänden, keine Kosten mehr erhoben werden,

können Befunde auf höheren (und ganz hohen) Ebenen eben nicht mehr lästig fallen. Das biblische Motto lässt grüßen: „Wenn dich dein Auge stört, reiß es heraus!“

Die betriebswirtschaftlichen Unternehmen haben inzwischen gelernt, nicht mehr ausschließlich betriebswirtschaftliche Fakten bei der Unternehmenssteuerung zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch sogenannte „weiche“ Faktoren zu berücksichtigen. Der öffentliche Sektor weiß inzwischen, dass es ganz ohne betriebswirtschaftliche basics nicht (mehr) geht. Nur die Streitkräfte scheuen sich diesen Weg „top down“ zu gehen. Weil sich untere Ebenen nicht an Vorgaben gehalten haben, die es nie gegeben hat, und

Ziele nicht erreicht hat, die ihnen nie gesetzt wurden, wird das „Modell Controlling“, weil zu personalaufwendig, verworfen. Ein Blick über die Grenzen des eigenen Bereichs täte hier gut: Die Controllerdichte liegt in der Industrie bei 6,3 Mitarbeitern pro 1000 Beschäftigten, bei der Bundeswehr im Durchschnitt bei 3,2 Controllern, beim Heer, der größten Teilstreitkraft sind es nur 2,2.

Vielleicht rettet ja der Minister persönlich den Rückfall in die betriebswirtschaftliche Steinzeit: Als Büroleiter des hessischen Ministerpräsidenten hatte er damals gegen massiven Widerstand Controlling sowie Kosten- und Leistungsrechnung in Hessen eingeführt. Vielleicht findet sich ja jemand, der ihn daran erinnert. ■

Einweihung der MTU-Betriebsstätte im Fliegerhorst Erding



Seit einigen Wochen arbeiten im Fliegerhorst Erding nicht nur Bundeswehrangehörige; auch 70 Mitarbeiter der MTU Aero Engines passieren morgens und abends die militärische Schranke. Seite an Seite mit Soldaten halten sie in der MTU-Betriebsstätte Erding militärische Antriebe instand. Der Triebwerkshersteller führt dort die Instandhaltungsaktivitäten der Luftwaffeninstandhaltungsgruppe 15 weiter. Am Freitagvormittag, 17. November, wurde die zivile Einrichtung feierlich eingeweiht. Mit dabei waren hochrangige Vertreter der Luftwaffe – mit dem Stellvertreter des Inspektors der Luftwaffe, Generalleutnant Heinz Marzi, an der Spitze –, der MTU sowie Erdinger Vertreter aus Politik und Wirtschaft.

„Wir freuen uns sehr, dass wir heute wieder Vorreiter sein dürfen. Nachdem wir gemeinsam mit der Luftwaffe das Kooperative Modell entwickelt haben, eröffnen wir heute mit dieser Halle den ersten zivilen Betrieb innerhalb einer Bundeswehreinrichtung“, erklärte Dr. Rainer Martens, Technik-Vorstand der MTU.

Generalleutnant Marzi betonte: „Ich freue mich, die MTU als langjährigen, zuverlässigen und kompetenten Partner an der Seite der Luftwaffe zu haben. Ich gratuliere anlässlich der heutigen Einweihung dieser Betriebsstätte und baue

darauf, dass die weitere Kooperation für beide Seiten Vorteile bringt. Ich appelliere an alle in der Kooperation Tätigen, das zukunftsorientierte und zukunftsfähige Projekt tatkräftig zu unterstützen.“

Für die Instandhaltungsarbeiten in Erding stehen in der Halle 456 insgesamt 8500 Quadratmeter zur Verfügung. Deutschlands führender Triebwerkshersteller hatte die Räumlichkeiten im Februar übernommen, vier Monate lang umgebaut und die Ausrüstung auf den neuesten Stand gebracht. „Investiert wurde in das Gebäude, neue Maschinen und die Werkstattausrüstung“, erklärte der Leiter der MTU-Betriebsstätte, Josef Arlt. Im Frühsommer wurden die Instandhaltungsarbeiten aufgenommen und bereits im Juli verließ das erste generalüberholte Tornado-Triebwerk die Werkshallen.

Insgesamt arbeiten in der MTU-Betriebsstätte 70 MTU'ler, 34 Soldaten und 25 zivile Bundeswehrangehörige. Betreut wird neben dem Tornado-Antrieb RB199 auch das Hubschrauber-Triebwerk RR250-C20. Die Arbeiten erfolgen im Rahmen des Kooperativen Modells, einer neuen Art der Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und MTU.

Entwickelt wurde das Modell im Jahr 2002 für die Betreuung des Eurofighter-Triebwerks EJ200. Die Zusammenarbeit

lief so erfolgreich, dass die Partner die Kooperation im vergangenen Jahr auf drei weitere militärische Luftfahrtantriebe ausgedehnt haben – den Phantom-Antrieb J79, den Tornado-Antrieb RB199 und das Hubschrauber-Triebwerk RR250-C20. Das EJ200 und das J79 werden bei der MTU in München repariert und überholt und die beiden anderen Triebwerkprojekte in Erding. Von den Vorteilen profitieren beide Seiten: Doppelkapazitäten werden vermieden, Lagerkapazitäten reduziert und Durchlaufzeiten verkürzt. Die Führung des Kooperativen Modells liegt bei der MTU; die Luftwaffe bleibt eng eingebunden und sichert sich so ihr Triebwerkswissen.

Die MTU Aero Engines ist mit weltweit 6700 Mitarbeitern Deutschlands führender Triebwerkshersteller und einer der Großen der Branche. Sie ist der Systempartner für fast alle Luftfahrtantriebe der Bundeswehr und nimmt technologisch einen Spitzenplatz ein. Ihre Paradedisziplinen sind die Hochdruckverdichter- und Niederdruckturbinen-Technologien, Triebwerksregelungen und innovative Fertigungs- und Reparaturverfahren. Gemessen am Umsatz ist die MTU Maintenance der weltweit größte unabhängige Anbieter von Instandhaltungsleistungen rund um zivile Triebwerke. ■



Bei der Einweihung von links: J. Arlt, Leiter der MTU-Betriebsstätte, Dr. R. Martens, Vorstand Technik der MTU, MdL U. Scharf-Gerlspeck, K-H. Bauernfeind, BM von Erding, GenMaj Th. Gericke und GenLt H. Marzi, stv. Inspekteur der Luftwaffe.